



Wortprotokoll

über die 47. Sitzung der

Vollversammlung des Stadtrates der Landeshauptstadt München

vom 15. Mai 2024

(öffentlich)

Oberbürgermeister

Reiter

2. Bürgermeister

Krause

3. Bürgermeisterin

Dietl

bfm. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ea. Stadtratsmitglieder

siehe Anwesenheitsliste

ferner

Mitarbeiter*innen der Verwaltung

Anwesenheitsliste der Vollversammlung vom 15. Mai 2024

Oberbürgermeister	Reiter
2. Bürgermeister	Krause
3. Bürgermeisterin	Dietl

Ehrenamtliche Stadtratsmitglieder:

Die Grünen:

StR Balidemaj, StRin Berger, StR Bickelbacher, StR Brem, StRin Fuchs, StRin Gökmenoğlu, StRin Greif, StRin Hanusch, StRin Langmeier, StRin Lüttig, StRin Lux, StRin Nitsche, StRin Pilz-Strasser, StR Dr. Roth, StR Schönemann, StR Smolka, StRin Stöhr, StR Süß, StR Voßeler, StR Weisenburger;

CSU:

StR Agerer, StR Babor, StRin Bär, StRin Burkhardt, StR Dzeba, StR Ewald, StRin Gaßmann, StRin Grimm, StR Hammer, StRin Kainz, StR Kaum, StR Luther, StRin Dr. Menges, StRin Mirlach, StR Pretzl, StR Reissl, StR Schall, StR Schmid, StR Stadler, StR Prof. Dr. Theiss;

SPD:

StRin Abele, StRin Burger, StR Gradl, StR Hefter, StRin Hübner, StR Köning, StRin Likus, StR Mentrup, StR Naz, StRin Odell, StR Offman, StR Rupp, StRin Dr. Schmitt-Thiel, StRin Schönfeld-Knor, StR Schuster, StR Vorländer, StRin Wennigatz;

AfD:

StR Stanke, StR Walbrunn, StRin Wassill;

FDP:

StR Prof. Dr. Hoffmann, StRin Neff, StR Roth;

DIE LINKE.:

StR Jagel, StR Lechner (parteilos); StRin Wolf;

ÖDP:

StRin Haider, StRin Holtmann, StR Ruff;

FREIE WÄHLER:

StR Mehling, StR Schabl;

BAYERNPARTEI:

StR Progl;

München-Liste:

StR Höpner;

Die PARTEI:

StRin Burneleit;

Rosa Liste:

StR Niederbühl;

Volt:

StR Sproll;

Berufsmäßige Stadtratsmitglieder:

Bfm. StR Baumgärtner

Bfm. StR Biebl

Bfm. StRin Dr. Dornheim

Bfm. StR Dunkel

Bfm. StRin Dr.-Ing. Ehbauer

Bfm. StRin Frank

Stadtkämmerer Frey

Stadtschulrat Kraus

Bfm. StRin Kugler

Stadtbaurätin Prof. Dr. (Univ. Florenz) Merk

Bfm. StR Mickisch

Bfm. StRin Dr. Sammüller-Gradl

i. V. Herr Eckhardt

Bfm. StRin Zurek

Inhaltsverzeichnis

OB Reiter:.....	7
A2: Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate August 2023 bis Dezember 2023	7
Bestätigung von Ausschussbeschlüssen.....	8
B3: Werkwohnungen für Beschäftigte der Daseinsvorsorge in München	8
StRin Wassill:.....	8
B9: Reflexion des 2. Mobilitätskongresses 2023 und Ausblick auf 2025	9
StR Jagel:	9
StR Jagel:	9
StR Ruff:	9
B10: Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der LHM.....	10
StR Pretzl:	10
StRin Wassill:.....	10
B11: Vergabebeschluss Pflege in München I des Gesundheitsreferates.....	11
StR Pretzl:	11
C1: Ausspruch Verjährungsverzicht für mögliche Schadenersatzansprüche der Anwohner der Osterwaldstraße und der Genter Straße	12
OB Reiter:.....	12
A1: Wahl der Leitung des Kommunalreferates.....	13
StR Prof. Dr. Hoffmann:	13
StR Köning:	14
StR Pretzl:	15
StRin Fuchs:	17
StRin Jagel:	17
OB Reiter:.....	18
StR Dr. Menges:	18
StRin Dr. Menges:	18
Stellv. Referentin Charlier:.....	19
Stellv. Referentin Charlier:.....	19
OB Reiter:.....	20
A3: Sportstadt München – Tennis als Breitensport und Imageträger: Zuschuss zum Umbau des Sportgeländes Iphitos zur Erreichung der Standards eines ATP-500 Turniers	21
StRin Abele:.....	21
StR Brem:	21
StRin Grimm:	22
StRin Neff:	23
StR Lechner:.....	23
B4: Brenner-Nordzulauf in München/Transeuropäische Netze –	29
StRin Wassill:.....	29
B5: Fortschreibung der Münchner Schulentwicklungsplanung	31
StRin Wassill:.....	31
B6: Kommunale Wärmeplanung für München Fossile Brennstoffe in München reduzieren	32
StRin Wassill:.....	32
BM Krause:	33
StR Prof. Dr. Hoffmann:	34
StR Ruff:	34

B7: Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung in München	35
StRin Wassill:.....	35
BM Krause:.....	36
StR Ruff:.....	37
StR Jagel:.....	37
B12: Fortschreibung Standortsicherung Bürgerbüros	38
StRin Wassill:.....	38
StR Pretzl:	39

Öffentliche Sitzung

Beginn: 09:02 Uhr

Vorsitz: OB Reiter

OB Reiter:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einige Informationen vorab:

Heute sind im Rahmen der Aktionswoche „75 Jahre Grundgesetz“ 800 bis 1 000 Kinder im Rathaus unterwegs.

Das IT-Referat steht dem Stadtrat bis zur Mittagspause für Fragen und Anregungen zum Ratsinformationssystem zur Verfügung.

Und dann möchte ich der Kollegin Stöhr noch ganz herzlich zum Geburtstag gratulieren.

– (Allgemeiner Beifall)

A2: Genehmigung der Sitzungsprotokolle für die Monate August 2023 bis Dezember 2023 (Ausschüsse und Vollversammlungen)

– § 2 Nr. 24 GeschO

Aktensammlung Seite 6437

Beschluss (gegen die Stimmen der AfD):

nach Antrag

Bestätigung von Ausschussbeschlüssen

Die Anträge der Referentinnen und Referenten zu den Tagesordnungspunkten B1, B2 und B8 werden **einstimmig beschlossen**.
(Aktensammlung Seiten 6441, 6443 und 6455)

B3: Werkswohnungen für Beschäftigte der Daseinsvorsorge in München

- A) SoBoN-Modell Werkwohnungsbau-Daseinsvorsorge zur Stärkung der Daseinsvorsorge mit Wohnungsbau**
- B) Programm „Werkwohnungsbau / Daseinsvorsorge“**
- C) Antrag Nr. 14-20 / A 05077 „Werkwohnungen für Münchner Kliniken“ der BAYERNPARTei vom 12.03.2019**
- D) Antrag Nr. 14-20 / A 05091 „Werkwohnungsbau realistisch angehen“ von FDP/HUT vom 15.03.2019**

Aktensammlung Seite 6445

Beschluss (gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTei):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Die Programme zum Werkwohnungsbau für Beschäftigte der Daseinsvorsorge sind zu begrüßen. Allerdings finden wir sie sehr bürokratisch. Es wäre schön, wenn es auch für alle anderen Bürger eine Lösung gäbe. Sie dürfen nicht vergessen werden. Deshalb sollten sich die Beteiligten auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass die Lebensbedingungen für alle Menschen verbessert werden. Günstiger Wohnraum kann auch anders als durch diese Bedingungen entstehen, nämlich durch einen Zuzugsstopp.
Danke!

B9: Reflexion des 2. Mobilitätskongresses 2023 und Ausblick auf 2025

Aktensammlung Seite 6457

StR Jagel:

Wir stellen den ursprünglichen Referentenantrag aus dem Mobilitätsausschuss zur Abstimmung.

Der ursprüngliche Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Beschluss (gegen die Stimmen von DIE LINKE./Die PARTEI, ÖDP/München-Liste, FDP BAYERNPARTEI und AfD):

nach Antrag

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Jagel:

Wie im Ausschuss.

StR Ruff:

Wie im Ausschuss.

**B10: Satzung über die Gebühren für die Benutzung der Bestattungseinrichtungen der LHM
(Friedhofsgebührensatzung)
Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Verwaltungskosten
für Amtshandlungen im eigenen Wirkungsbereich der LHM (Kostensatzung)
Vollzug des Art. 8 Kommunalabgabengesetz Gebühren für die Jahre 2024 bis 2026
Betriebsatzung des Eigenbetriebs „Friedhöfe und Bestattung München (FBM)“**

Aktensammlung Seite 6459

Beschluss (gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER und AfD):

nach Antrag

Erklärung zur Abstimmung:

StR Pretzl:

Wie im Ausschuss.

StRin Wassill:

Herr Oberbürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! In der Gebührensatzung haben Sie wieder gegendert. Wir sind dagegen, dass Sie Gendersternchen in juristische Texte einbringen. Wir werden so lange dagegen stimmen, bis Sie damit aufhören. Danke!

B11: Vergabebeschluss Pflege in München I des Gesundheitsreferates

Aktensammlung Seite 6461

StR Pretzl:

Wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Gesundheitsausschuss zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 4837 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 07.05.2024 wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Beschluss:

nach Antrag

**C1: Ausspruch Verjährungsverzicht für mögliche Schadenersatzansprüche der Anwohner
der Osterwaldstraße und der Genter Straße
Dringlichkeitsantrag Nr. 04857 der AfD vom 13.05.2024**

Aktensammlung Seite 6465

OB Reiter:

Laut Stellungnahme der Rechtsabteilung wird bei Angelegenheiten der laufenden Verwaltung in der Regel keine Dringlichkeit zuerkannt. Sollte das Fachreferat den Eindruck haben, den Stadtrat mit diesem Thema befassen zu müssen, könnte dies in einer Ausschusssitzung vor Ablauf der Verjährungsfrist geschehen. Die zuständigen Referate werden gebeten, das Thema rechtzeitig zu bearbeiten, damit keine unerwünschten Rechtsfolgen eintreten.

Die Dringlichkeit wird gegen die Stimmen der AfD **nicht zuerkannt**.

Der Dringlichkeitsantrag Nr. 4857 wird im nächsten Fachausschuss behandelt und bleibt somit als regulärer Antrag **aufgegriffen**.

A1: Wahl der Leitung des Kommunalreferates

Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung

Aktensammlung Seite 6435

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Unsere Fraktion ist schon seit 2008 der Meinung, dass es in der Landeshauptstadt ein völlig überflüssiges Referat gibt. Nicht einmal sein Name verrät, was es eigentlich tut. Das ist das Kommunalreferat.

Deswegen haben wir zu sehr vielen Anlässen den Antrag gestellt, dieses Referat aufzulösen und in die Stadtkämmerei bzw. teilweise in das Referat für Arbeit und Wirtschaft einzugliedern. Das wäre angesichts der ständigen Ausweitung der Verwaltung mit mehr Referaten und Vollzeitäquivalenten ein sehr schönes Signal gewesen.

Heute stellen wir diesen Antrag nochmals, um Euch die Chance geben, dieser Einsicht zu folgen. Für die Auflösung wird es wohl keine Mehrheit geben, wie wir in den letzten Wochen erkannt haben. Also wünschen wir uns im Sinne einer effizienten und ordnungsgemäßen Verwaltung, mit einer Referentin weiterzuarbeiten, von der nahezu alle hinter verschlossenen Türen sagen, sie habe nicht viel falsch und einiges richtig gemacht. Jetzt wird sie aus parteipolitischem Kalkül abgesägt, weil die Führung der SPD-Stadtratsfraktion beschlossen hat, alle CSU-Referenten müssten weg.

Meine Damen und Herren, das ist nicht im Sinne der Bayerischen Gemeindeordnung. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI) – Die Gemeindeordnung sieht eigentlich keine parteipolitische Taktik vor, sondern dass wir miteinander die besten Lösungen finden, und die besten Leute für die jeweilige Position ausgesucht werden. Der Posten ist eindeutig mit einer guten Person besetzt. Deshalb ist nicht einzusehen, warum diese Person heute ihren Job verlieren soll – außer es geht um parteipolitische Ränkespiele.

Damit möchte ich ausdrücklich keine Aussage über andere zur Wahl stehende Personen treffen. Es geht mir auch nicht um die Qualifikationen dieser Personen, sondern nur darum, dass die jetzige Person auf diesem Posten es richtig gut macht und bleiben soll. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Meine Damen und Herren, leider muss ich auch feststellen, dass es in der Berichterstattung über die Vorgänge der letzten Tage heißt, so gehe es eben in der Politik zu. Für mich ist das Politik, wie sie auch in Berlin gespielt wird. Da sitzen wir in einem Boot und wissen, wie es funktioniert. Aber das ist der immer wieder zu Recht kritisierte Geist von Berlin und nicht der Geist der Bayerischen Gemeindeordnung. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Der Änderungsantrag von FDP BAYERNPARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und der AfD **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von FDP BAYERNPARTEI und AfD **beschlossen**.

StR Köning:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler und andere Gäste! Vor einigen Wochen haben wir beschlossen, die Leitung des Kommunalreferats auszuschreiben. Daraufhin haben sich Bewerberinnen und Bewerber in einer nichtöffentlichen Sitzung vorgestellt. Bei ihnen möchte ich mich im Namen meiner Fraktion herzlich bedanken.

Die SPD/Volt-Fraktion schlägt für die heutige Wahl Frau Jacqueline Charlier vor. Frau Charlier ist parteipolitisch neutral und seit über 20 Jahren als Juristin bei der Landeshauptstadt München beschäftigt. Seit über zehn Jahren ist sie stellvertretende Leiterin des Referats für Stadtplanung und Bauordnung. Sie verfügt über eine hohe Fachexpertise im Bereich der Bodenpolitik, war kommunale Expertin beim Städtetag und bei Novellierungen des Baugesetzbuchs. Nach unserer Einschätzung hat sie fachlich und als Führungspersönlichkeit voll überzeugt und sich in der Vorstellungsrunde sehr gut präsentiert. Deswegen würden wir uns sehr freuen, wenn sie im Stadtrat eine Mehrheit bekommt.

Mit Frau Charlier im Kommunalreferat wird es möglich sein, noch besser an einem effizienten Umgang mit Flächen und Immobilien in unserer wachsenden Stadt zu arbeiten. Aus unserer Perspektive ist das eine bedeutende Zukunftsfrage für München. Die Zusammenarbeit mit der Metropolregion, dem Freistaat und dem Bund im Bereich der Bodenpolitik wird in der Flächenkonkurrenz und

beim Grundstücksmanagement entscheidend sein. Wir glauben, dass wir dafür die richtige Person vorschlagen können, und würden uns sehr freuen, wenn sie bei der Wahl eine Mehrheit bekommt. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit! – (Beifall von SPD/Volt)

StR Pretzl:

Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen am Ende des beschämendsten und unwürdigsten Verfahrens einer Referentenauswahl, das ich in meinen 22 Jahren als Stadtrat erlebt habe. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI) – Wenn es dieses Verfahren nicht gegeben hätte und von einer Seite nicht in Hinterzimmern mit aller Gewalt ein Ergebnis herbeigeführt worden wäre, dann würde die amtierende Referentin heute mit einer Zweidrittelmehrheit gewählt. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Ich werde der Versuchung widerstehen, dieses Verfahren noch einmal auszubreiten, weil es eine Peinlichkeit für diesen Stadtrat war und zur Politikverdrossenheit beiträgt. Das ist keine Sternstunde dieses Hauses, meine sehr verehrten Damen und Herren. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

An dieser Stelle möchte ich aber doch erwähnen, dass es weder der Oberbürgermeister noch die betreuende Bürgermeisterin Frau Dietl geschafft haben, die Einigung, an der sie beide mitgewirkt haben, der Referentin persönlich mitzuteilen. Wenn man als Oberbürgermeister sechs Jahre und als dritte Bürgermeisterin vier Jahre intensiv mit einer Referentin zusammengearbeitet hat, muss man auch die Größe haben, den Entschluss zur Abwahl persönlich mitzuteilen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI) – Jeder kann sich seine Meinung darüber bilden, was das über den Führungsstil, Menschlichkeit und Wertschätzung aussagt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

Damit möchte ich es mit der Vergangenheitsbewältigung bewenden lassen, weil es heute um die Wahl der Kommunalreferentin geht. Wir haben eine exzellente Kommunalreferentin, die nicht nur im Stadtrat höchst anerkannt ist. Wie bereits erwähnt, würde sie mit einer überwältigenden Mehrheit gewählt werden, wenn wir die Abstimmung freigäben. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Unsere Kommunalreferentin weist eine beeindruckende Leistungsbilanz auf und hat in der Vorstellungsrunde die mit Abstand beste Qualifikation nachgewiesen. Ich möchte nur einige Beispiele

herausstellen: Mit dem im Rathaus beschlossenen Programm „500 000 Bäume in fünf Jahren“ sind wir voll im Soll. Wir haben die Umstellung der Stadtgüter auf Ökolandwirtschaft abgeschlossen. Das ist ein grandioses Ereignis, ein Meilenstein für diese Stadt und ein Supersignal nach außen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER) – Die höchst umstrittene Sanierung des Elisabethmarkts ist jetzt akzeptiert und in trockenen Tüchern. Die Eröffnung wird im Sommer stattfinden. Der digitale Zwilling wird unter Federführung des Kommunalreferats mit allen anderen Referaten hervorragend durchgezogen. Damit sind wir Spitzenreiter in Deutschland. In der sechsjährigen Amtszeit von Kristina Frank hat sich das städtische Grundvermögen massiv vermehrt. Nach den jahrzehntelangen Streitigkeiten, Irrungen und Wirrungen um die Griechische Schule wurde relativ zügig eine Lösung gefunden. Die Einigung war keine leichte Aufgabe. Das wissen alle Kolleginnen und Kollegen, die schon länger dabei sind. Es gibt ein Zero-Waste-Programm und ein Pilotprojekt für die gelbe Tonne. Das neue Gebäude des Volkstheaters wurde im Zeit- und Budgetplan errichtet, die Verantwortung dafür war beim Kommunalreferat angesiedelt. Das Projekt Alte Heimat wurde auf einen sehr guten Weg gebracht. Diese Aufzählung könnte ich noch lange fortsetzen.

Weder in Vorder- oder Hintergrundgesprächen habe ich gehört, was Kristina Frank falsch gemacht haben könnte, sodass ihre Amtszeit nicht verlängert wird. Ganz im Gegenteil! In persönlichen Gesprächen haben alle bestätigt, dass sie eine exzellente Referentin sei, die mit Herz und Leidenschaft für ihr Amt brennt und sich sechs Jahre lang intensiv zum Wohle dieser Landeshauptstadt eingesetzt hat, liebe Kolleginnen und Kollegen. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Auch aus der Stadtgesellschaft hat sie aus den unterschiedlichsten Bereichen intensivste Unterstützung bekommen – von der Münchner Tafel und der Präsidentin der Israelitischen Kultusgemeinde über die Müllwerker und die Ökolandbaubetriebe bis zur Immobilienwirtschaft. Leute aus der Zivilgesellschaft schreiben uns und der Stadtspitze: „Bitte lasst diese Referentin im Amt!“ Das ist außergewöhnlich und zeigt, wie Kristina Frank in der Stadtgesellschaft verankert ist. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

Aber der Parteiproporz muss siegen! Man kann nicht akzeptieren, dass eine Referentin und ein Referent aus einer anderen Partei im Amt bleiben. Das lässt tief blicken. Ich finde, es ist eine falsche Entscheidung. Nun muss die dritte Referatsleitung nach Steffi Jacobs und Dr. Alexander Dietrich gehen. Bei den anderen beiden gab es Festlegungen im Koalitionsvertrag. Das muss man akzeptieren, so ist das politische Leben. Da hätten wir vielleicht nicht anders gehandelt. Aber eine im Koalitionsvertrag auf neutral gestellte Position in dieser Art und Weise zu verschachern und eine

verdiente Referentin abzuwählen, ist eine Schande für diese Stadt. Danke schön! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI)

StRin Fuchs:

Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich versuche, ein wenig sachlicher zu sein. Wir schließen uns dem Wahlvorschlag der SPD/Volt-Fraktion an. Jacqueline Charlier ist eine profilierte Verwaltungsfachfrau, die ihre Führungserfahrung sicher sehr gewinnbringend auch im Kommunalreferat einsetzen wird. Sie ist eine Juristin, die seit 2014 als Stadtdirektorin im Planungsreferat arbeitet. Ergänzend zu den Ausführungen von dem Kollegen Christian Köning möchte ich ihre fachlich gute Zusammenarbeit mit unserer Fraktion bei der SoBoN-Novellierung hervorheben.

Ich möchte auf keinen Fall versäumen, mich ganz herzlich bei der amtierenden Referentin zu bedanken. Ich glaube, es ist völlig unstrittig, dass Kristina Frank über sämtliche Parteigrenzen hinweg stets gut und hochprofessionell mit allen Fraktionen zusammengearbeitet hat. Dafür gebührt ihr unser großer Dank. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste und CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Jagel:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! In der Presse war bereits zu lesen, warum wir heute für Kristina Frank stimmen, aber ich möchte es noch einmal begründen. Politisch sind wir nicht immer einer Meinung und streiten auch, aber das tun wir immer im Geiste der Solidarität. Von allen Referentinnen und Referenten arbeiten wir am besten mit Kristina Frank zusammen. Wir bekommen die Informationen, die wir benötigen, um im Stadtrat Entscheidungen treffen zu können. Im Kommunalausschuss geht es oft um juristische Angelegenheiten. Ich bin kein Jurist, deswegen wird mir alles so erklärt, dass ich es verstehe. Diese Gabe hat nicht jeder, und das ist auch nicht bei allen Referaten so.

Ich finde es unlauter von der SPD-Fraktion, die Bodenpolitik anzuführen. Für Ankäufe ist der Stadtrat und nicht die Verwaltung zuständig. Wir entscheiden darüber, ob ein Vorkaufsrecht ausgeübt wird, ob Grund und Boden oder Gebäude auf dem freien Markt angekauft werden, weil wir die Hoheit über den Haushalt haben. Kristina Frank hat dafür so viele Vorschläge wie keine andere Referentin gemacht. Deswegen finde ich es unlauter, ihr den Vorwurf zu machen, sie habe in der Bodenpolitik nichts zuwege gebracht. Sie hat vieles nach vorn gebracht und ist allenfalls an der Mehrheit im Stadtrat gescheitert. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI und CSU mit FREIE WÄHLER)

OB Reiter:

Aus den Wortbeiträgen ergeben sich zwei Wahlvorschläge: Frau Charlier und Frau Frank.

Für den Wahlausschuss stellen sich Frau Dr. Menges, Herr Vorländer und Herr Brem zur Verfügung. Frau Dr. Menges, ich gehe davon aus, dass Sie den Vorsitz übernehmen.

– StRin Dr. Menges übernimmt den Vorsitz. –

StR Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Dieses Gremium ist sehr erfahren in der Durchführung von Wahlen, insbesondere von Referentinnen und Referenten. Der Form halber möchte ich trotzdem den Ablauf bekannt geben: Nach dem Oberbürgermeister, dem Bürgermeister und der Bürgermeisterin werden wir Sie in alphabetischer Reihenfolge aufrufen, Ihre Stimmen abzugeben. Sind alle Fraktionsmitglieder anwesend oder fehlt jemand? – (StRin Fuchs: Bei uns fehlt Stadträtin Krauss.)

Beppo Brem wird Ihnen die Stimmzettel aushändigen, auf denen vier Namen stehen. Dabei handelt es sich um die Personen aus der Vorstellungsrunde. Sie können aber auch eigene Vorschläge aufschreiben. Bitte nennen Sie Vor- und Nachnamen, damit die Person identifizierbar ist.

Leere oder gekennzeichnete Stimmzettel werden als ungültig gewertet. Auch Nein-Stimmen oder Namen nicht realer Personen wie die in solchen Fällen beliebte Micky Mouse sind ungültig. Demokratie ist ernst genug, damit sollte man keine Späße treiben.

– Eintritt in die Wahlhandlung um 09:42 Uhr –

StRin Dr. Menges:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir dürfen das Wahlergebnis bekannt geben:

Wahlberechtigte:	1 Oberbürgermeister und 80 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Anwesend:	1 Oberbürgermeister und 79 ehrenamtliche Stadtratsmitglieder
Abgegebene Stimmen:	80
Gültige Stimmen:	78
Ungültige Stimmen:	2

Gewählt ist, wer mehr als 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinigt. 50 % von 78 gültigen Stimmen sind 39 Stimmen.

Die Stimmen verteilten sich wie folgt:

Frau stellv. Referentin Jacqueline Charlier:	40 Stimmen
Frau bfm. StRin Kristina Frank:	34 Stimmen
Herr Christopher Schuhknecht:	2 Stimmen
Frau StRin Iris Wassill:	1 Stimme
Herr Roland Klemp:	1 Stimme

Somit ist Frau Charlier mit 40 Stimmen gewählt. Ich stelle Frau Charlier die Frage: Nehmen Sie die Wahl an?

Stellv. Referentin Charlier:

Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für Ihr Vertrauen. – (Allgemeiner Beifall)

– OB Reiter, StRin Fuchs und StR Weisenburger sowie StRin Hübner und StR Köning überreichen Blumensträuße. Die Fraktionen gratulieren der stellvertretenden Referentin Charlier. –

– OB Reiter übernimmt den Vorsitz. –

Stellv. Referentin Charlier:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte! Ich bedanke mich für die Wahl und für Ihre Unterstützung. Ich biete weiterhin gerne eine Zusammenarbeit mit allen demokratischen Parteien im Stadtrat an. Es ist mir sehr wichtig, im Austausch zu sein.

Ich weiß, dass sich viele Kolleginnen und Kollegen im Kommunal- und Planungsreferat die Vollversammlung heute im Livestream angesehen und mitgefiebert haben. Der Prozess hat länger gedauert. Das war für Frau Frank und mich nicht immer einfach. Ich darf mich auch herzlich bei Frau Frank für die hervorragende Zusammenarbeit der letzten Jahre bedanken. Ich freue mich darauf, das Kommunalreferat in die Zukunft zu führen und mit allen Kolleginnen und Kollegen zusammenzuarbeiten. Die anzugehenden Themen sind äußerst spannend. Daher stehe ich Ihnen allen ab August mit viel Interesse und Freude als Kommunalreferentin zur Verfügung. Ich freue mich sehr, Sie bei den dortigen Aufgaben zu unterstützen und zu beraten. Danke schön! – (Allgemeiner Beifall)

OB Reiter:

Liebe Frau Charlier, ich möchte Ihnen alles Gute für Ihre künftige Aufgabe wünschen. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit und innovative Ideen aus dem Kommunalreferat. Wie bereits angesprochen ist das Thema Flächen für uns extrem wichtig. Wir werden diesbezüglich sehr intensiv zusammenarbeiten.

Liebe Kollegin Frank, natürlich möchte ich mich auch herzlich für die sechsjährige Zusammenarbeit bedanken. Ich danke Ihnen für Ihre stets sachkundigen Auskünfte im Stadtrat und Ihre kompetente Mitarbeit an den behandelten Themen. Der Kollege Pretzl hat mehrere angeführt. Einige wenige durfte ich selbst begleiten. Danke schön für die Kooperation und Ihre gute Arbeit! Ich wünsche Ihnen alles Gute für die Zukunft! – (Allgemeiner Beifall)

– BMin Dietl übernimmt den Vorsitz. –

**A3: Sportstadt München – Tennis als Breitensport und Imageträger:
Zuschuss zum Umbau des Sportgeländes Iphitos
zur Erreichung der Standards eines ATP-500 Turniers
Finanzierung Änderung des MIP 2024 – 2028**

Aktensammlung Seite 6439

StRin Abele:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Tennis erfährt seit der Corona-Pandemie einen hohen Zulauf und ist wahnsinnig beliebt. Davon konnte ich mich selbst bei einigen Tennis-Sportvereinen überzeugen. Teilweise mussten sie ihre Mitgliedslisten schließen, weil so viele Menschen Tennis spielen wollten. Es freut uns daher, dass wir den Profisport unterstützen können. Wenn man den Spitzensport fördert, wirkt sich das immer auch positiv auf den Breitensport aus. Wir möchten, dass alle Münchnerinnen und Münchner sich viel bewegen, gesund bleiben und Sport treiben. In diesem Fall geht es um Tennis. Wenn die Zuschauerkapazitäten ausgeweitet werden, ist das auch ein großer Gewinn für die Münchner Bevölkerung.

Die Sportstadt München hat eine große Strahlkraft. Das haben wir bei diversen Veranstaltungen in den letzten Jahren gesehen. Ich erinnere nur an die European Championships. Dieses Jahr haben wir noch eine Fußball-Europameisterschaft. Aus München werden zu diesen Anlässen sehr schöne Bilder gesendet. Das tut der Stadt auch als Wirtschaftsstandort gut. Es ist daher richtig, nicht nur Fußball, sondern auch viele andere Sportarten zu fördern. Das tun wir schon lange. Bei Tennis ist die Unterstützung sehr notwendig. Wenn wir den Center Court nicht ausbauen, besteht die Gefahr, dass die hochrangigen ATP-500-Turniere hier nicht stattfinden können.

Wir freuen uns über den Ausbau und die Förderung durch das Sportamt. Auch für den Breitensport wird sich ein positiver Aspekt ergeben. Vielen herzlichen Dank für die Vorlage! Wir freuen uns auf den neu ausgebauten Center Court in Freimann. Vielen Dank! – (Beifall von SPD/Volt)

StR Brem:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich bin ganz ehrlich: Begeisterung für eine Beschlussvorlage sieht anders aus. Wir hatten zu dieser sehr kurzfristig zugestellten

Beschlussvorlage in der Fraktion eine Menge Fragen. In der Vorlage heißt es oft „wenn – dann“ oder „unter Umständen“ oder „wenn dieses oder jenes geprüft bzw. geklärt ist“. Wir konnten in der Zwischenzeit einige Fragen klären, insbesondere in Bezug auf die Finanzierung. Das war uns sehr wichtig. Nachdem eine Reihe der für die Entscheidung wichtigen Fragen beantwortet wurde, werden wir der Vorlage heute zustimmen.

Zum einen wollen wir, dass Iphitos als wichtiger Verein und Träger der Sportstadt München Planungssicherheit erhält. Das stellen wir heute sicher. Zum anderen erwarten wir, dass im Umsetzungsprozess die Variante mit den geringsten Umwelteingriffen und keine andere Planungsalternative zum Tragen kommt. – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste) – Wir stimmen dieser Vorlage unter anderem zu, weil kein Schaden für die Münchner Sportvereine entsteht. Aufgrund der Finanzierungsart hat niemand einen Nachteil. Daneben ist das ATP-500-Turnier auf Dauer natürlich ein Gewinn für die Sportstadt München.

Ich bin außerdem für Tourismus zuständig. Ich freue mich selbstverständlich, wenn diese Branche damit ebenfalls belebt wird. Wir hatten aber erst einmal Bedenken. In Zukunft wäre es gut, wenn derartige Vorlagen zeitiger zugestellt würden und nicht gerade dann, wenn der/die eine oder andere sich an einem verlängerten Wochenende von dem angenehmen Leben als Stadtrat oder Stadträtin erholen will. Ich weiß, das ist ein frommer Wunsch. Dann hätte man aber mehr Zeit, um Fragen zu klären und Missverständnisse auszuräumen. Wir stimmen der Vorlage unter den genannten Prämissen zu und hoffen, dass damit Planungssicherheit für Iphitos besteht und die Stadt München neben Fußball auch in einer weiteren Sportart Auftrieb erhält. Vielen Dank! – (Beifall von Die Grünen – Rosa Liste)

StRin Grimm:

Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir freuen uns. Sie wissen, dass die CSU mit FREIE WÄHLER große Sportereignisse immer befürwortet. Wir sehen darin mehr Vor- als Nachteile. Daher stimmen wir der Vorlage heute zu. Wir sind nicht so kritisch wie die Grünen, sondern sehen eher die Vorteile, die auch Kathrin Abele schon genannt hat. Tennis hat bei jungen Menschen einen großen Aufwind bekommen. Viele Tennisvereine, die ihre Plätze zum Teil für Fußballflächen geopfert haben, sind darüber heute ein wenig traurig. Ich finde es daher richtig, dass die Stadt München sich gemeinsam mit Iphitos für das ATP-500-Turnier ausspricht. Das gilt aber nicht nur aus sportlicher Sicht. Ich bin die sportpolitische Sprecherin der CSU mit FREIE WÄHLER, sitze aber auch im Wirtschaftsausschuss. Aus dieser Sicht kann ich sagen, dass es ein großer Vorteil ist, wenn wir durch diese Sportart Zuwächse im Tourismus erhalten. In diesem Sinne ist heute

ein guter Tag für Tennis und die ATP-500-Serie. Vielen Dank! – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER)

StRin Neff:

Frau Bürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für Tennis und ein guter Tag für die Sportstadt München. Ich freue mich! Lieber Beppo, ich habe die Vorlage sehr genau gelesen. Für mich ist sie sonnenklar. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft hat alle Punkte hervorgehoben, die uns Vorteile bringen.

Kathrin Abele, auch ich sehe den Mitgliederzuwachs überall und fühle mich in die Zeit von 1985/86 zurückversetzt, als Steffi Graf und Boris Becker ebenfalls einen Boom ausgelöst haben. Ich freue mich, dass die Menschen den Sport wieder ausüben wollen. Seien wir doch froh über die Möglichkeit, ein derart hochwertiges ATP-Turnier in München durchzuführen! Auch andere Städte haben sich beworben. Wenn wir die Infrastruktur nicht ausbauen, bekommen wir in München auch kein ATP-250-Turnier mehr.

Ich bin ebenfalls Mitglied im Wirtschaftsausschuss und sportpolitische Sprecherin. Es wird sehr gut ausgeführt, was es mit der Umwegrentabilität auf sich hat. Wir unterstützen die Hotellerie, die Gaststätten und den Tourismus und entwickeln dafür Strategien. Ihr wisst es doch selbst! Wir kümmern uns darum, dass Kongresse nach München kommen. Daran arbeiten die Referate. Mit dem Ausbau und den Planungen für die Tribünen eröffnen sich neue Möglichkeiten. Beppo, ich gebe dir recht: Der Center Court wird sehr sanft ausgebaut. Die Sitzplätze können zwischendurch zurückgebaut werden. Das ist zielführend für die Sportstadt, als die wir uns bezeichnen. Gleichzeitig wollen wir auch den Tourismus und alle daran hängenden Arbeitsplätze fördern. – (Beifall von FDP BAYERNPARTEI)

StR Lechner:

Verehrte Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe nicht mehr so zahlreiche Anwesende auf der Tribüne! Heute ist ein sehr interessanter Tag, weil man viel über unsere Stadt, die Verwaltung und die Funktionsweisen der Demokratie lernen kann. Das gilt im Guten wie im Schlechten.

Kristina Frank, zuerst einmal ein herzliches Dankeschön für die gute Zusammenarbeit. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI) – Ich bedaure das Ergebnis und die Geschehnisse sehr. Es wurde schon genug dazu gesagt, aber ich finde es wichtig, das hervorzuheben. Eigentlich sollte es so

nicht laufen, denn wir Kommunalpolitiker*innen sollten uns sachbezogen mit Themen auseinandersetzen, gemeinsam Lösungen finden und vor allem die richtigen Analysen vornehmen.

Die Vorlage ist durch die Vorredner*innen allenfalls sanft kritisiert worden. Das finde ich irre! Liebe Kolleginnen und Kollegen, was habt Ihr denn gelesen? Zunächst einmal ist sie am Freitagabend zugestellt worden. Das ist verwunderlich, vor allem weil wir gerade ausgemacht hatten, dass am Freitag vor der Vollversammlung keine Unterlagen mehr kommen. Diese Vorlage kam als einzige so spät. Außerdem wird damit der Sportausschuss als zuständiger Ausschuss übersprungen. So gehen wir normalerweise nur in dringlichen Fällen vor. Ich kann an dieser Vorlage jedoch an keiner Stelle irgendeine Art von Dringlichkeit feststellen.

Jetzt kommt der Hammer: Ich muss das aussprechen, weil niemand von den Kolleg*innen es gesagt hat: Wir reden über die Freigabe von 8,6 Mio. € und nicht über ein bisschen Sport- und Tourismusförderung! Angeführt werden aus dem Ärmel geschüttelte Wunschfakten, die der Realität nicht entsprechen.

Von dieser Vorlage und der Vorgehensweise können wir mehrere Dinge lernen. Erstens: Wen nimmt die Stadtpolitik in den Blick? Für wen machen wir eigentlich Politik? Zweitens: Wie finanzieren wir Dinge? Drittens: Wie schneiden wir dazu eine passgenaue Vorlage? Es handelt sich um eine gemeinsame Vorlage von RAW und RBS. Sehr interessant ist, dass niemand folgende Passage zitiert hat:

„Es wird darauf hingewiesen, dass bei der vorgeschlagenen Vorgehensweise erstmalig eine primär dem Profisport dienende Sportanlage nach den Sportförderrichtlinien gefördert und hinsichtlich des zu erbringenden Eigenanteils von den Sportförderrichtlinien abgewichen würde.“

Liebe Vorredner*innen: Hier wird vom üblichen Prozedere abgewichen, und Sie finden das mit keinem Wort erwähnenswert. Das ist interessant.

„Für künftige vergleichbare Vorhaben besteht daher die Gefahr der Schaffung eines Präzedenzfalls.“

Es gibt ein klares Signal in der Vorlage, dass wir uns das weitere Vorgehen genau überlegen sollten, da wir möglicherweise einen Präzedenzfall schaffen. Es geht nicht um ein bisschen mehr Tennis für den Breitensport, sondern um einen Präzedenzfall, der auf keinen Fall eintreten darf.

Ich möchte das gerne detailliert aufarbeiten. Das RAW als städtischer Spezialist im Nebelkerzenwerfen tut sich hier wieder besonders hervor. Es stellt Statistiken dar, die keinen Zusammenhang haben und auch ganz anders interpretiert werden könnten. Zu den Vorteilen, die wir bei einer Förderung und Unterstützung hätten, steht z. B. Folgendes in der Vorlage:

„Die Turnierberichterstattung und die weltweite Medienreichweite des Turniers erzeugt eine positive Darstellung der Destination München.“

Das seit Jahren durchgeführte ATP-250-Turnier wird in der Öffentlichkeit und den Sportmedien bereits überall als 500-Turnier wahrgenommen, weil es so hochkarätig besetzt ist. Es ist stärker aufgestellt, als es sein müsste, hat ein extrem gutes Image und ist immer ausverkauft. Wenn nun die Profiligas nach oben gezogen wird, frage ich mich, was das mit dem Breitensport zu tun hat, und warum wir das unterstützen sollten.

Interessant ist auch die Konstellation. Neben Iphitos e.V. gibt es auch die Iphitos GmbH, die die Veranstaltungen durchführt und die Sportgaststätten betreibt. Dieses Konstrukt ist nicht unbekannt, das gibt es häufiger. Man muss aber genau hinschauen, denn diese GmbH wirbt z. B. auch die Sponsoren für die Veranstaltung. Dazu gehören u. a. BMW, Immobilienspekulanten und Juweliere. Welchen Teil der Bevölkerung meinen wir, wenn wir sagen, Tennis sei so super? Und warum wird dieser permanente Drang der Regierungskoalition, auf Investorenmodelle zu setzen, an dieser Stelle plötzlich komplett unterdrückt? Soll doch die GmbH des Vereins Investoren an Land ziehen! Das ist ebenfalls möglich und im Sport durchaus üblich. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

Unter anderem schreibt das Wirtschaftsreferat in der Vorlage:

„Die Präsenz Münchens in kommerziellen und privaten Social-Media-Kanälen steigt.“

Das ist eine absurde Vorstellung von Digitalisierung. In der heutigen Zeit versieht jede Person, die in München ankommt, ein vor dem Rathaus aufgenommenes Foto in den sozialen Medien mit einem Tag. Wir erhalten also permanent eine Gratiswerbung von allen München-Tourist*innen. Dies als ein Gewinnmerkmal herauszuheben, wenn wir vom ATP-250- zum ATP-500-Turnier aufsteigen,

ist doch bizarr! Das entspricht nicht mehr der heutigen Zeit. Ich zahle doch keine 8,6 Mio. € für ein paar zusätzliche Klicks in irgendwelchen privaten Netzwerken! Diese Argumentation ist vollkommen daneben und für die Katz.

Weiter wird dargelegt, das Vorhaben diene zum Beispiel der Inklusion.

„Im Behindertensport besteht in Verbindung mit dem ATP-500-Turnier die Möglichkeit, mit einer gemeinsamen Eintrittskarte im gleichen Zeitraum und auf denselben Plätzen das Para-Turnier zu einem offiziellen internationalen Ranglistenturnier für die Besten der Welt zu machen.“

Schöne Inklusion! Ich kriege Karten für das Para-Turnier und darf auch denen zuschauen, die normalerweise den großen Erfolg absahnen. Was ist daran bitte inklusiv? Ich finde diese Argumentation ein bisschen merkwürdig. Wenn der Tennissport Inklusion will, kann er dafür Plätze schaffen. Es gibt genügend Behinderte, die Tennis spielen. Das ist super. Ich finde Inklusion total wichtig und gut, aber sie wird mit Sicherheit nicht an dieser Stelle passieren.

Die zusätzlichen Kapazitäten brauchen wir nur für den Aufstieg zum 500-Turnier. Warum hat niemand das vorher bei der Stadt gemeldet und beantragt? Was passiert hier eigentlich? Ins Blaue hinein wird ein roter Teppich ausgerollt und gesagt: „Kommt nur, wir geben Euch 8,6 Mio. €!“. Wir finanzieren das ohne Vorlage des erforderlichen Antrags und ohne detaillierte Überprüfung der Fakten bzw. der Kostenberechnung. Der Kollege Brem hat es bereits gesagt. Außerdem wird schräg gerechnet. Die Sportförderung wird nicht so angesetzt wie üblich, sondern man verkrümmt sich, damit man sie überhaupt heranziehen kann. An einer Stelle wird ausgeführt, dass das Vorhaben nur in dieser speziellen Berechnungsform überhaupt möglich sei, da wir – ich komme darauf zurück – sonst einen Präzedenzfall schaffen.

Liebe Leute, das kann doch nicht angehen! So können wir keine Politik machen. Was ist mit Politik für die Menschen in der Stadt? Gerade Iphitos ist möglicherweise nicht geeignet, den Breitensport zu fördern. Hand aufs Herz, wer von Ihnen kennt den jährlichen Mitgliedsbeitrag bei Iphitos? Er beträgt 1.012 € für Erwachsene. Interessanterweise ist es damit nicht getan. Um eintreten zu dürfen, ist eine einmalige Aufnahmegebühr von 1.760 € erforderlich. Wenn ich dem MTTC Iphitos beitreten will, muss ich auf einen Schlag schlappe 2.700 € hinlegen. – (StR Babor: Weißt Du, was der Erhalt einer solchen Anlage kostet?) – Die Anlage wird offensichtlich gut erhalten, das ist okay. Ich kritisiere nicht, dass dem so ist. Das kann man machen. Der Sport findet statt, ist erfolgreich und

erhält Aufmerksamkeit. Ich bin aber nicht der Meinung, dass wir bei diesen Finanzmodellen noch zusätzliche städtische Mittel hineinpumpen sollten. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI) – Darum geht es doch.

Der Kinderbeitrag beläuft sich auf 242 € jährlich. Das ist schön und nett, hier kommt aber die Fußnote: Das gilt nur, wenn ein Elternteil aktives Mitglied des Vereins ist.

Nach dem letzten Armutsbericht leben in München 36 % der Menschen an der untersten Armutsgrenze. Das ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung. Bei unserer Politik müssen wir auch im Bereich Breitensport schauen, wie wir diesen unterstützen. Im selben Armutsbericht steht, die betroffenen Haushalte könnten sich unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.100 € nicht leisten. Der Eintritt beläuft sich auf 2.700 €. 55 % der von Armut Betroffenen können sich so etwas nicht ansatzweise leisten, und weitere 14 % der Einkommenskategorie Untere Mitte können es sich ebenfalls nicht leisten. Das ist immer noch sehr viel, nämlich jeder siebte Haushalt in dieser Gruppe.

Gleichzeitig werden Summen zu Umsätzen genannt. Ich finde das lustig: Vom Wirtschaftsreferat hört man immer von Umsätzen. Dabei lernt man doch eigentlich im kleinen Einmaleins des wirtschaftlichen Handelns, dass der Erfolg nicht an Umsätzen, sondern an Einnahmen und Gewinnen gemessen wird. Natürlich kann die Hotellerie mehr Umsatz machen. Es ist aber fraglich, ob am Ende so viel mehr in der Gewerbesteuer landet, dass es uns wert ist, 8,6 Mio. € in das Vorhaben zu stecken.

Was finanzieren wir in diesen Größenordnungen derzeit nicht? Wir könnten z. B. den Mobilitätskongress mit ungefähr 1,6 Mio. € fördern. Hier wäre Partizipation für die Bürger*innen gegeben. Wir tun es nicht, weil wir das Geld lieber einem Sportriesen in den Rachen werfen. Wir haben uns abgemüht, die Beleuchtung auf Bolzplätzen für Kinder und Jugendliche im Winter auf fünf Jahre zu strecken, damit die, die schon keine Kinder mehr sind, nach 17 oder 18 Uhr bei Dunkelheit draußen spielen können. Das ist Breitensport! Wir haben uns gestreckt, um das Geld bereitzustellen. Wir könnten das viel schneller realisieren, wenn wir diese 8,6 Mio. € verwenden würden. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

Es gibt noch einen anderen Punkt, der mich sehr beschäftigt. Wo zum Teufel kommen plötzlich die 8,6 Mio. € her, die wir in Aussicht stellen? Wir sagen doch permanent, wir hätten kein Geld. Und hier kommen 1,5 Mio. € aus dem Sportreferat. Natürlich müssen wir bei der Sportförderung immer ein bisschen Geld vorhalten, um auf bestimmte Dinge reagieren zu können. Hier geht es aber vor

allem darum, Sportstätten vor Baufällen zu schützen bzw. zu ertüchtigen, und nicht darum, sie für höhere Gewinne auszustatten.

Wir rechnen immer mit den Umsätzen, die ein solches Turnier für die Stadt bringt. Aber die zusätzlichen Einnahmen des Vereins berechnen wir nicht. Erstens kann er höhere Ticketpreise verlangen, und zweitens steigen auch die Fernseheneinnahmen. Von diesen Einnahmen bekommen wir als Stadt nichts. Wir zahlen 8,6 Mio. €, aber die Profite landen am Ende beim Verein. Auch das scheint mir sehr nebulös und einer Überprüfung wert.

Der Großteil des Geldes kommt vom Planungsreferat. Wir haben uns gefragt, wieso das Planungsreferat so viel Geld erübrigen kann. Deshalb haben wir nachgefragt, ob dadurch konkrete Projekte betroffen sind, die nicht finanziert werden könnten. Die Antwort lautete: Nein, es seien keine konkreten Projekte betroffen. Das Planungsreferat verfüge über verschiedene höher ausgestattete Töpfe, die unterschiedliche Vorhaben unterstützten. Die Summe werde über mehrere Jahre verteilt, und so könne der jeweils konkrete Topf derzeit nicht benannt werden.

Wir haben also Töpfe, in denen Geld schlummert, das wir umwidmen oder verschieben können. Super! Das ist die beste Nachricht der Vorlage. Aber wir sollten das Geld nicht den Tennismillionären zur Verfügung stellen, sondern denen, die es brauchen: den Armen in der Stadt. Der tatsächliche Breitensport sollte gefördert werden, z. B. die Bolzplätze.

Eine parallele Diskussion gibt es beim Fußballverein Türkgücü München. Es handelt sich um einen sehr kleinen Verein, bei dem wir uns dagegen wehren, die Ligatauglichkeit zu finanzieren. Wir tun uns total schwer, in diesem unteren Bereich des Profisports die entsprechende Infrastruktur zu fördern. Wir verrenken uns und machen es doch nicht möglich. Aber bei dem MTTC Iphitos – also dort, wo das Geld schlummert, wo jetzt schon Sponsoren unterwegs sind, wo Juweliere, BMW und Immobilienfirmen Unterstützung leisten – wollen wir noch Geld reinstecken. Das stinkt zum Himmel! Deshalb lehnt unsere Fraktion diesen Beschluss ab. Falls er durchgeht, überlegen wir uns, bestimmte Aspekte des Beschlusses im Nachgang überprüfen zu lassen. – (Beifall von DIE LINKE./Die PARTEI)

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen von
DIE LINKE./Die PARTEI und ÖDP **beschlossen**.

– BM Krause übernimmt den Vorsitz. –

**B4: Brenner-Nordzulauf in München/Transeuropäische Netze –
Viergleisiger Ausbau der Strecke Daglfing-Johanneskirchen
Ergebnisse der Feinvariantenuntersuchung sowie weiteres Vorgehen
BA-Antrag Nr. 3247 des Bezirksausschuss 13 vom 16.11.2021
und diverse BV-Empfehlungen**

Aktensammlung Seite 6447

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wir werden die Ziffern 1 und 4 im Antrag ablehnen und den restlichen Ziffern zustimmen, deshalb bitten wir um gesonderte Abstimmung. Danke!

Aus der Vorlage geht hervor, dass für die oberirdische Streckenerweiterung bei Daglfing vier sechs Meter hohe Schallschutzwände auf mehreren Kilometern eingeplant werden. Das hat gravierende Auswirkungen auf das Stadtbild, so zerschneiden Sie die ganze Gegend. Das kommt nicht infrage. Überlegen Sie, wie lange das dauert! Es ist den Bürgern nicht zuzumuten, fünf Jahre lang Umwege fahren zu müssen. Und die Kosten sind horrend! Beim vorangegangenen Tagesordnungspunkt gab es einen Aufschrei wegen der 8,6 Mio. € für den Sport. Hier geht es um 460 Mio. €, und das ist die Billigvariante. Die Kosten könnten bis auf 1,8 Mrd. € steigen.

Auch bei dem von Ihnen favorisierten Tunnel sind die Kosten exorbitant hoch, sie könnten bis auf 4,8 Mrd. € steigen. Daran muss sich die Stadt München in extremer Höhe beteiligen. Rentiert sich das wirklich?

Außerdem haben wir noch nicht einmal ein hydrogeologisches Gutachten. Wegen des hohen Grundwasserpegels werden Sie schon beim Bau Schwierigkeiten bekommen, und falls die SEM doch umgesetzt wird, werden die Investoren nicht begeistert sein. Sie werden die Grundwasserproblematik in den Griff bekommen müssen. Dazu werden Auflagen nötig sein, die garantieren, dass der Grundwasserstrom durchfließen kann. Das ist beinahe ein Ding der Unmöglichkeit. Diese Variante kommt also genauso wenig infrage. Die Eingriffe in das Kanalnetz kosten noch einmal

19,6 Mio. € extra, weil Wasser- und Fernwärmeleitungen verlegt werden müssen. Das funktioniert so nicht!

Das Einzige, was funktionieren würde, wäre die Umfahrung im Nordosten. Wir hatten bereits ange-regt, sich dafür einzusetzen. Deshalb ist die Aufforderung in den Ziffern 2 und 3 richtig: Sie sollten sich darum kümmern, dass sich ein Bundestagsausschuss noch einmal mit der Thematik befasst und die Streckenführung überprüft wird. Die juristischen Ausführungen in der Vorlage sind sehr gut. Sie belegen, dass alte Zahlen zugrunde gelegt und die 400 Güterzüge, die durch den Brenner-Zu-lauf hinzukommen würden, nicht berücksichtigt wurden. Ich bitte Sie, sich im Sinne der Ziffern 2 und 3 für eine parlamentarische Befassung einzusetzen. Wir haben die Bundestagsabgeordneten unserer Partei bereits darum gebeten. Sie haben sich informiert, werden sich über die alternative Streckenführung Gedanken machen und diese Variante als Favoriten vortragen.

Die parlamentarische Befassung muss kommen, denn es geht nicht nur um den Tunnel im Münch-ner Norden, sondern auch um die Truderinger Kurve. An dieser Stelle ist es so eng, dass Ihre Pla-nungen völlig unrealistisch sind – von der zerstörten Lebensqualität durch den sich lange hinzie-henden Tunnelbau oder die oberirdischen Einhausungen ganz zu schweigen! Wollen Sie auch noch die Bahnstrecke in der Truderinger Kurve einhausen? Wie sieht das denn aus? Was ist mit den Frischluftströmen? Was ist mit den Anwohnern? Das Lärmgutachten ist auch noch nicht in tro-ckenen Tüchern. Es handelt sich um einen riesigen Eingriff in das Stadtbild und ist deshalb einfach unmöglich!

Sie sollten den Tunnelbau überhaupt nicht in Betracht ziehen, denn dadurch schwächen Sie Ihre Position in den Ziffern 2 und 3. Wir werden die Ziffern 1 und 4 ablehnen und den restlichen Ziffern zustimmen. Danke!

Die Ziffern 1 und 4 des Antrags der Referentin werden gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern im Antrag der Referentin werden **einstimmig beschlossen**.

**B5: Fortschreibung der Münchner Schulentwicklungsplanung
für die öffentlichen Realschulen und Gymnasien
BV-Empfehlung Nr. 1563 der Bürgerversammlung des 24. Stadtbezirkes Feldmoching
vom 08.11.2023**

Aktensammlung Seite 6449

StRin Wassill:

Verehrter Herr Bürgermeister, verehrte Damen und Herren! Das RBS geht von mehr Migrationsgeschehen bei der Münchner Schulentwicklung für Realschulen und Gymnasien aus. Eine Begründung wird dafür nicht geliefert. Interessant! Wahrscheinlich handelt es sich um einen Blick in die Glaskugel. – (Unruhe im Stadtrat)

Auf Seite 5 der Beschlussvorlage steht, dass Sie mit leicht erhöhten Geburtenzahlen rechnen. Wie kommen Sie darauf? Im Jahr 2022 hatten wir einen Geburtenrückgang von über 10 %. Das wurde auch in der hauseigenen Statistik publiziert. Reden die Referate nicht miteinander oder lesen sie diese Statistiken nicht? In unserem Antrag vom 08.08.2023 haben wir darauf hingewiesen, dass die Zahlen für die Auslastung der Schulen wichtig sind und eine Untersuchung erfordern. Leider ist die Entwicklung des abgeschlossenen Jahres 2023 im Jahrbuch 2023 noch nicht enthalten.

Die tz hat im Januar über die Babybilanz in München berichtet. 2023 sind erheblich weniger Kinder auf die Welt gekommen als 2022. Das bedeutet noch einmal einen Rückgang um 5 % im Vergleich zu den stark rückläufigen Zahlen im Vorjahr. Aus der Bundesstatistik geht hervor, dass es im Jahr 2023 deutschlandweit einen Geburtenrückgang um 7 % gab.

Deshalb haben wir das Gesundheitsreferat gebeten, sich genau damit zu befassen. Dieser Aspekt ist nicht in die Vorlage eingegangen, obwohl er eigentlich hineingehört hätte. Sie müssen sich mit dem Geburtenrückgang auseinandersetzen! Darin liegt auch ein Einsparpotenzial: Sie brauchen weniger Räume, Betreuer und Lehrer als ursprünglich angenommen. Möglicherweise entwickelt sich die Geburtenrate nicht nach oben. Das spiegelt sich in den Prognosen der Vorlage nicht wider. Sie gehen einfach weiter davon aus, dass München im Jahr 2040 1,8 Mio. Einwohner hat. Das ist keine fundierte Prognose. Daran kann man doch keine Schulentwicklungsplanung aufhängen! Deswegen lehnen wir die Vorlage ab. Danke!

Der Antrag des Referenten wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

B6: Kommunale Wärmeplanung für München Fossile Brennstoffe in München reduzieren

Diverse Anträge

Aktensammlung Seite 6451

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Die kommunale Wärmeplanung haben Sie sicherlich im Ausschuss schon besprochen. Die Stadt ist gesetzlich gezwungen, diesen Plan aufzustellen. Aber aus der Vorlage geht eindeutig hervor, dass die Umsetzung bis 2045 nicht machbar ist. Egal, was Sie beschließen, die Förderung und die Ordnungsmaßnahmen werden nicht ausreichen, um das Ziel zu erreichen. Das hat selbst der Klimarat zugegeben.

Ich darf daran erinnern, dass die Geothermie Wirksamkeitsgrenzen hat. Das steht auch in der Vorlage. München hat aktuell einen Wärmebedarf von 11,5 Terawattstunden. Davon wollen Sie 25 % einsparen, das heißt, Sie brauchen 2045 noch 8,6 Terawattstunden. Aus der Geothermie können Sie 5,4 Terawattstunden beziehen, aus Erdgas und Müllverbrennung 1 Terawattstunde. Woher wollen Sie den Differenzbetrag von 2,2 Terawattstunden nehmen? Wollen Sie Teile Münchens abschalten und die Menschen frieren lassen? In der Vorlage fehlt die Erklärung.

Diese 25 %, die die Bürger dann sowieso nicht mehr zum Heizen verwenden dürfen, wollen Sie durch Gebäudedämmung usw. einsparen. Dazu fehlt in der Vorlage eine konkrete Kostenberechnung. Eine grobe Schätzung schwankt zwischen 18 und 36 Mrd. €. Für die Münchner Wohnen haben Sie es konkret berechnet: Die energetische Sanierung von 60 % der 68 000 Wohnungen kostet 6,7 Mrd. €.

Das lässt sich auf die 840 000 Münchner Gebäude übertragen. Wenn davon auch 60 % zu sanieren sind, landen wir bis 2045 bei einem Betrag von 82,7 Mrd. €. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was Sie geschätzt haben. Diesen Betrag müssen die Münchner Bürger mit Wohneigentum zusätzlich zu den laufenden Kosten aufbringen. Das macht 470 Mio. € im Jahr. Das ist eine riesige Belastung für die Münchner Bürger.

Die Eigentumsquote in München beträgt nur 27 %. Ich kann mir vorstellen, dass sie aufgrund dieser Kosten weiter sinken wird. In der Vorlage steht, dass es für ältere Hausbesitzer schwierig sein

kann, einen Kredit zu bekommen. Manche sind sich nicht sicher, was sie im Alter mit ihrem Häuschen machen wollen.

Sie halten die Übergangslösungen für ausreichend und die Sanierungs-, Benutzungs- und Anschlusszwänge für verhältnismäßig. Angesichts dieser existenzbedrohenden Kosten hätten die Bürger vorher befragt werden müssen, ob der Klimaschutz ihnen das wert ist. Ein solches Vorgehen wäre demokratisch.

Es handelt sich um Eingriffe in die Grundrechte gemäß den Artikeln 14 (Eigentum), 3 (Gleichberechtigung) sowie 1 und 2 (Handlungsfreiheit) des Grundgesetzes. Wenn Sie den Münchner Bürgern diese Kosten aufbürden, werden sie in all diesen Rechten stark eingeschränkt, weil sie dann nichts anders mehr tun als zu zahlen.

Das Verfassungsgericht hat den Klimaschutz über die Rechte der Bürger gestellt: Artikel 20a des Grundgesetzes wurde neu eingeführt, und deswegen hat die Klimaneutralität Vorrang. Die Bürger müssen sich jetzt einschränken, damit die Kinder eines Tages noch Emissionen ausstoßen dürfen.

Verstehen Sie, welche Fesseln die Klimaschutzpolitik der Wirtschaft und der Gesellschaft angelegt hat? Verstehen Sie die Auswirkungen? Das Klima muss nicht geschützt werden. Die Folge ist aktuell eine ungeahnte Rezession, die alle Münchner Betriebe, Arbeitnehmer, Bürger und Hausbesitzer trifft.

Wenn Sie etwas für die Umwelt und die Bürger tun wollen, setzen Sie sich bitte dafür ein, dass diese Regeln auf EU- und Bundesebene auf ein vernünftiges Maß zurückgestutzt werden. Hier sollten Gesetze gelten, die nicht ideologische Projekte, sondern den Menschen in den Mittelpunkt stellen und Bürger und Wirtschaft nicht überlasten. Wenn Sie sehen, dass Sie das Ziel nicht erreichen können, ist es Ihre Pflicht, das nach oben widerzuspiegeln und die Aufgabe zurückzugeben. Wir möchten Sie animieren, das zu tun. Diese Wärmeplanung ist hinfällig. Deswegen lehnen wir die Vorlage ab.

BM Krause:

Zum wiederholten Mal stellen Sie in Sitzungen den Klimawandel infrage und sagen, das Klima müsse nicht geschützt werden. Ich bin sehr froh darüber, dass die demokratischen Parteien sehr wohl diese Notwendigkeit sehen. Über das Wie wird hier im Haus viel gestritten, aber es gibt eine

große Einigkeit darüber, dass zwar nicht das Klima geschützt werden muss, aber die Menschen, die unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden. – (Beifall)

StR Prof. Dr. Hoffmann:

Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen, wir stellen unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss nochmals zur Abstimmung.

StR Ruff:

Wir stellen den Antrag der ÖDP/München-Liste aus dem Ausschuss erneut zur Abstimmung.

Der Änderungsantrag Nr. 4827 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und der FDP BAYERNPARTEI **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag Nr. 4826 der FDP BAYERNPARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden, von ÖDP/München-Liste und CSU mit FREIE WÄHLER **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag Nr. 4838 von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von FDP BAYERNPARTEI **abgelehnt**.

Der Antrag der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

B7: Dekarbonisierung der Fernwärmeversorgung in München**Transformationsplan für die Fernwärme****Antrag Nr. 2441 von CSU mit FREIE WÄHLER vom 24.02.2022****Antrag Nr. 2793 von DIE LINKE./Die PARTEI vom 27.05.2022**

Aktensammlung Seite 6453

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Der Hinweis auf die demokratischen Parteien ist mir unverständlich. Wir alle im Raum wurden demokratisch gewählt und vertreten demokratische Parteien, die auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Wir halten Umweltschutz für verdammt wichtig und geben ihm Priorität. Deswegen sind wir z. B. dagegen, dass Windräder in Wälder gestellt werden, denn dann sind die Wälder kaputt. Dem Klima kann man sich nur anpassen, aber wir können es nicht beeinflussen oder ändern. Deswegen sind Ihre Maßnahmen unsinnig.

Auch das Projekt der Dekarbonisierung hat mit dem Klimaschutz zu tun: Fernwärmeversorgung, Transformationsplan etc. Wir halten Geothermie für eine tolle Sache und sind auch für ihren Ausbau, soweit er möglich und bezahlbar ist. Aber wir lehnen nach wie vor den Anlass ab, den Sie in der Vorlage für die Erweiterung der Geothermie nennen, nämlich die Dekarbonisierung aus ideologischen Gründen. Das brauchen wir nicht. Es ist unvernünftig, die Lagerstätten für fossile Brennstoffe in Deutschland nicht zu nutzen, weil uns diese eine Energiesicherheit für die nächsten 200 bis 300 Jahre geben würden. Aber anscheinend ist Ihnen das andere wichtiger.

Die Vorlage vermittelt den Eindruck, Sie wollten mit der Brechstange an den Ausbau herangehen und sich dafür einsetzen, dass die Bauleitplanung beschleunigt wird. Wir haben Bedenken, dass damit Rechtsverkürzungen oder ein Rechtsverlust einhergehen könnten. Das darf nicht sein. Die Belange der Bürger müssen stets gewahrt bleiben.

Darauf weist auch das Referat für Stadtplanung und Bauordnung hin und warnt richtigerweise davor, den Schwerpunkt einseitig nur auf das Erreichen der klimaneutralen Wärmeversorgung zu setzen. Vielmehr darf die für die Bürger notwendige Infrastruktur nicht leiden. Wir erinnern uns an diverse Sanierungsstaus in der städtischen Infrastruktur bei Friedhöfen, Straßen, Brücken usw.

Der Geothermieausbau ist nicht ganz billig und soll 9,5 Mrd. € kosten. Sie kommen zu den Kosten der Wärmeplanung hinzu. Diese zusätzlichen Kosten bieten aber nur für zwei Drittel des Stadtgebiets eine Lösung, denn ein Drittel kann nicht an die Fernwärme angeschlossen werden, und die Anwohner müssen sich mit Wärmepumpen und anderem behelfen. Auf Seite 9 der Vorlage sagen Sie deutlich, dies werde Auswirkungen auf das Stromnetz haben.

Wer soll die Kosten stemmen, um diese Gebiete einzuschließen? Es handelt sich um viel Geld. Fördermittel in Höhe von 3 Mrd. € standen im Raum, sind aber über den Bundeshaushalt gar nicht abgesichert. Ein Teil wurde schon gekürzt. Was ist mit der restlichen Summe? Der Bürger muss sie selbst tragen. Hinzu kommen Kosten für die Anpassung des Erdgasnetzes, zudem fehlt noch ein Wasserstoffnetz. Insgesamt ist das finanzielle Risiko nicht abzuschätzen.

Was tut man, wenn man Probleme nicht lösen kann? Man bildet einen Arbeitskreis. Sie haben einen Steuerungskreis Wärmewende vorgesehen. Er kann diese Probleme nicht lösen und soll sich damit beschäftigen, wie man die Widerstände der Bürger gegen die Maßnahmen bricht. Das steht so in der Vorlage. Die Bürger sollen mit Informationsveranstaltungen entsprechend eingenordet werden. So wollen Sie Bürgerinitiativen gegen die Maßnahmen der Wärmewende entgegenwirken.

Ist es demokratisch, solche Meinungsäußerungen zu unterbinden und zu unterdrücken? Die Kosten sowie die Risiken für die Wärme- und Stromversorgung der Bürger sprechen gegen das Projekt in dem geplanten Umfang. Das ist Ihnen offensichtlich bewusst, und da die Bürger nicht alle freiwillig mitmachen, wollen Sie gegen die Bürger regieren. Das finden wir nicht gut. Wir sind für Geothermie, aber mit Augenmaß. Deswegen lehnen wir die Vorlage in dieser Form ab. Danke!

BM Krause:

Das Folgende möchte ich ausdrücklich nicht auf Sie bezogen wissen, vielmehr ist es eine grundsätzliche Bemerkung. Ein CDU-Generalsekretär hat einmal gesagt, eine demokratische Wahl sei kein Waschgang. Nur weil man demokratisch gewählt ist, muss man nicht automatisch ein Demokrat sein, wie die Geschichte leider gezeigt hat. – (Beifall von CSU mit FREIE WÄHLER, SPD/Volt, Die Grünen – Rosa Liste und DIE LINKE./Die PARTEI)

Auch zu diesem Tagesordnungspunkt gab es schon eine ausführliche Befassung im Ausschuss.

– CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI bringen ihre bereits im Ausschuss gestellten Änderungsanträge erneut ein. –

Der Änderungsantrag Nr. 4836 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von FDP BAYERNPARTEI **abgelehnt**.

Der Änderungsantrag Nr. 4828 von FDP BAYERNPARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden, von ÖDP/München-Liste und DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Ziffer 4 des Änderungsantrags Nr. 4839 von ÖDP/München-Liste wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von FDP BAYERNPARTEI **abgelehnt**.

Die übrigen Ziffern des Änderungsantrags von ÖDP/München-Liste werden gegen die Stimmen der Antragstellenden, von FDP BAYERNPARTEI und DIE LINKE./Die PARTEI **abgelehnt**.

Ziffer 12 des Änderungsantrags Nr. 4832 von DIE LINKE./Die PARTEI wird gegen die Stimmen der Antragstellenden und von ÖDP/München-Liste **abgelehnt**.

Der Antrag des Referenten und der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Erklärungen zur Abstimmung:

StR Ruff:

Wie im Ausschuss.

StR Jagel:

Für uns gilt das Gleiche.

B12: Fortschreibung Standortsicherung Bürgerbüros
Entwicklung künftiger Bürgerbüro-Standorte
Stadtbezirke 9, 10, 16, 19

Aktensammlung Seite 6463

StRin Wassill:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr verehrte Damen und Herren! Wir stellen den mündlichen Änderungsantrag, Ziffer 7 des Antrags zu streichen. Es geht um das Bürgerbüro am Hanns-Seidel-Platz im Zentrum von Neuperlach. Wieder einmal haben Sie für den Münchner Osten keine Erleichterung vorgesehen und kein Geld im Stadtsäckel gefunden.

Die Vorbereitungen für das Neubauprojekt laufen. Dort sollen ein Kulturhaus und ein großes Verwaltungsgebäude inklusive Bücherei und Bürgerbüro errichtet werden. Der zeitliche Horizont für die Fertigstellung ist unbekannt. Ich bin entsetzt, das in der Vorlage zu lesen. Seit über 60 Jahren wartet Neuperlach auf dieses Kulturhaus. Wenn Sie das Bürgerbüro streichen, steht zu befürchten, dass die Planung zum dritten Mal von vorne anfängt. Ich kann mich noch an den zweiten und dritten Planungsschritt im Jahr 2002 erinnern. Folglich wird das Projekt am Sankt-Nimmerleins-Tag fertig.

Die Planung ist nicht ausgewogen. Immer kommt der Münchner Osten zu kurz. Die Bürgerbüros im KVR und am Ostbahnhof sind ständig überlastet. Den größten Stadtteil Münchens mit 120 000 Einwohnern lassen Sie seit Jahrzehnten im Regen stehen. In der Vorlage heißt es, der Verzicht auf den Standort sei nicht so schlimm, denn die Anfahrtszeit vom Zentrum Neuperlachs bis zum Ostbahnhof betrage 20 Minuten. Das ist richtig. Wenn Sie aber in der hintersten Ecke von Waldperlach wohnen, müssen Sie erst einmal zur Bushaltestelle laufen und mit dem Bus zum Zentrum von Neuperlach fahren. Somit sind Sie 45 bis 60 Minuten zum Ostbahnhof unterwegs. Die gute Anbindung ist somit kein Argument.

Der Bürgerservice muss vor Ort stattfinden können, zumal es sich um das größte Stadtviertel Münchens handelt. Ramersdorf-Perlach ohne Bürgerbüro ist wie Ingolstadt ohne Rathaus. Wir warten schon lange auf das Kulturhaus, und es ist zu befürchten, dass Sie das Raumnutzungskonzept erneut umwerfen und das Projekt noch einmal schieben müssen.

Machen Sie es bitte wie in Moosach! Hier haben Sie die Tür ein Stück weit offengelassen. Tun Sie dies auch beim Bürgerbüro am Hanns-Seidel-Platz, und streichen Sie bitte Ziffer 7 des Antrags! Ansonsten müssen wir gegen Ziffer 7 stimmen. Danke!

StR Pretzl:

Wir möchten unseren Änderungsantrag aus dem Ausschuss noch einmal zur Abstimmung stellen.

Der Änderungsantrag Nr. 4859 von CSU mit FREIE WÄHLER wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Der mündliche Änderungsantrag der AfD wird gegen die Stimmen der Antragstellenden **abgelehnt**.

Ziffer 7 des Antrags der Referentin wird gegen die Stimmen der AfD **beschlossen**.

Die restlichen Ziffern im Antrag der Referentin werden **einstimmig beschlossen**.

– Ende der Sitzung um 11:17 Uhr –

München, 15. Mai 2024

R e i t e r
Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München

Protokoll